

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nummer 120.- M. Durch Austräger 600.- M. pro Woche. Durch die Post 2000.- M. pro Monat und Nachzahlung d. Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft Redaktionsstunde: 5-6 Uhr nachmittags. - Postfachkonto Nr. 81059. - Fernsprech-Anschluß: Breslau, Nr. 8887

Donnerstag, 22. März 1923.

Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 50.- Mark. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungsanzeigen 15.- M. Kleine Anzeigen per Wort 3.- Mark. - Kellame: Die Millimeterzeile gespaltene oder deren Raum im Text 150.- Mark.

## Krieg dem Kriege!

Erklärung der USPD- und USPD-Fractionen auf der Internationalen Konferenz zu Frankfurt a. M.

Trotz der Warnung der USPD-Führer haben sich große Teile der USPD-Arbeiterschaft nicht davon abhalten lassen, an der internationalen Konferenz zu Frankfurt a. M. teilzunehmen. Gemeinsam beraten sie mit den kommunistischen Delegierten über die Maßnahmen die ergriffen werden müssen, um das Proletariat Deutschlands auf den Weg zu führen, der zu seiner eigenen Rettung führt. Sowohl die USPD als auch die USPD-Fraktion wenden sich in nachstehenden Erklärungen, nicht zuletzt an ihre eigenen Parteigenossen, um sie mitzureißen zum gemeinsamen Kampf.

Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion auf der Internationalen Konferenz zu Frankfurt a. M.

Mit der Ruhrbesetzung haben die Imperialisten Frankreichs und Belgiens eine Kriegshandlung begangen, die eine furchtbare Gefahr für das Proletariat Deutschlands sowohl, als auch Frankreichs und Belgiens birgt. Die Ruhrbesetzung ist ein Schlag mitten ins Gesicht der deutschen Arbeiterklasse. Sie hat aber auch die schrecklichsten Folgen für das Proletariat Frankreichs und Belgiens.

Die Ruhrbesetzung bedeutet die Gefahr eines neuen Völkermordes.

Sollte es aber auch zu einer Einigung kommen zwischen Poincaré und Loucheur auf der einen und Cuno und Stinnes auf der anderen Seite, so wird diese nur erfolgen auf Kosten des Proletariats jenseits und diesseits des Rheins. Die Opfer eines Krieges sowohl, als auch einer Verständigung zwischen den Kapitalisten Deutschlands und Frankreichs werden die Ausgeborenen beider Länder sein.

Durch die Ruhrbesetzung hat der Chauvinismus in Frankreich und in Belgien eine Neuerung bekommen. Unter dem Deckmantel der Verteidigung nationaler Interessen rücken die Faschisten. Hierin und darüber gegen das Proletariat. Sie versuchen einen neuen Krieg zu provozieren, um die Arbeiterklasse um so leichter zu bezwingen.

In dieser Situation ist es unbedingtes Gebot, daß die Arbeiterklasse national und international die Einheitsfront schließt, um den Kampf zu führen gegen das Bösen der siegreichen Imperialisten, gegen die Kriegsgewalt, die durch die Ruhrbesetzung heraufbeschworen ist und gegen die Faschismus in allen Ländern. Nur wenn die Arbeiterklasse geschlossen vorgeht, wird sie in diesem Kampfe siegen.

Deshalb fordern wir, daß die Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands und der Allgemeine Gewerkschaftsbund jeder Reaktion und Arbeitergemeinschaft mit dem deutschen Kapital ein Ende machen und den Kampf um die Arbeiterregierung in Reich und Land aufnehmen.

Die deutsche Bourgeoisie ist mitschuldig an dem Krieg und an der Ruhrbesetzung.

An die Stelle der Verbündung mit der Bourgeoisie muß die Verbündung mit dem revolutionären Proletariat mit der USPD und USPD treten.

Nur wenn wir den Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie aufnehmen, werden wir die eigentliche Kampfpartei mit der Arbeiterklasse Frankreichs, Belgiens, Englands und aller übrigen Länder herstellen können.

Dieser Kampf muß uns an die Seite Sowjetrußlands, des ersten und einzigen Proletariats der Welt, führen.

Von der 2. und der Amsterdamer Internationale fordern wir, daß sie als ihnen angehörenden Organisations in diesen internationalen Klassenkampf einreihen. Die heutige Situation ist ebenso gefährlich, wie der Sommer vor dem Weltkrieg.

Wir wollen kein zweites 1914 mehr.

Deshalb verlangen wir von den internationalen Arbeiterorganisationen: Krieg dem Kriege! Die sozialdemokratische Fraktion auf der Internationalen Konferenz erklärt, daß sie alles, was in ihrer Macht steht, um wird, um diesem Willen auch in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften zum Durchbruch zu verhelfen.

Bereinigt mit der Bourgeoisie muß die Arbeiterschaft zugrunde gehen. In einheitlicher nationaler und internationaler Kampffront sind wir unüberwindlich und werden Frieden und Freiheit erringen.

Es lebe die einheitliche internationale Kampffront des Proletariats gegen die Bourgeoisie der ganzen Welt!

Für die Sozialdemokratische Fraktion auf der Internationalen Konferenz:

Ernst Fricke, Baerwald, Erdmann Flammiger, Appel, Albert.

Nach Schluß der Verlesung durchbrachten Hochrufe den Saal. Der Kongreß nahm diese Willenserklärung als einen besonderen Ausdruck des Dranges zur Einheitsfront und des Kampfwillens des revolutionären Proletariats, das noch nicht in der SPD organisiert ist, entgegen.

Mit ebenso großem Beifall und ebensolcher Freude wurde dann die Verlesung der nachstehenden Erklärung aufgenommen.

Erklärung der USPD-Fraktion zum französischen, deutschen und englischen Verzicht.

Der Einfall des französischen Imperialismus in das rheinisch-westfälische Industriegebiet verbunden mit der ständig entwachsenden faschistischen Gefahr, erfordert mehr denn je die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zum entschlossenen Abwehrkampf. Dieser Abwehrkampf ist nur durch die geschlossene Aktion des internationalen Proletariats erfolgreich durchzuführen. Dem Paube und den Machthabern des internationalen Kapitalismus und Imperialismus muß die Einheitsfront der nationalen Arbeiterklasse auf der Grundlage des Klassenkampfes entgegengestellt werden.

Unter Hinweisstellung tatsächlicher Parteiforderungen in der augenblicklich gefährdeten Situation ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands willens, an dem Bestehenlassen dieser Einheitsfront des internationalen proletarischen Kampfes mitzuwirken. Sie bedauert und zurückweist die arbeitereindliche Haltung der Leitungen der Bundesarbeiter und der Gewerkschaftsinternationale Amsterdam, sowie des USPD und der Vereinigten Sozialdemokraten, die durch Nichtbeteiligung an dem Frankfurter Kongreß ihre unzulässige Haltung dokumentieren, bezogen die Beteiligung an der nationalistischen Einheitsfront nicht nur gutheißen, sondern auch propagieren. Die Betämpfung und Überwindung dieser herberbschigen reaktionären und nationalistischen Politik betrachte die USPD als Gebot der Stunde, um das französische und deutsche, wie das gesamte internationale Proletariat zum Kampf gegen alle imperialistischen und faschistischen Gefahren zur Befreiung des internationalen Kapitalismus zu führen und dadurch die sozialistische Wirtschaftsordnung vorzubereiten.

S. Fuhs, Sekretär des Landesauschusses der Betriebsräte Westfalens.  
E. Walthers, Vertreter des Parteivorstandes.

Auch diese Erklärung wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen.

## Wohnungsbauabgabe und Führer der Sozialdemokratie.

In Deutschland fehlen eine Million Wohnungen. In der Vorkriegszeit wurden jährlich etwa 200 000 neue Wohnungen hergestellt und damit, wenn auch nicht gerade üppig aber doch immerhin ziemlich ausreichend der wachsende Bedarf gedeckt. Seit 1914 sind Wohnhäuser so gut wie nicht mehr gebaut worden. Was vom ganzen Baubetrieb noch übrig blieb, konzentrierte sich auf die Herstellung neuer Fabrikanlagen für Kriegsbedarf und neuer Geschäftshäuser für den Kapitalismus. Das Bauwesen ruhte im allgemeinen. Die Ziegeleien gingen ein, die Ziegelföfen wurden abgebrochen und das gewonnene Altmaterial zu teuren Preisen für die Errichtung von Geschäftshäusern und Fabriken verkauft.

Die Folge dieser Baupolitik ist das grauenhafte Wohnungselend, das wir seit der Kriegszeit in allen Teilen Deutschlands, besonders aber in den Großstädten haben.

Die Regierungswirtschaft erschöpft sich darin, die Unzufriedenheit der Bevölkerung wenigstens nach außen möglichst zu vertuschen. Aus diesen Erwägungen heraus wurde das Mietwesen in Zwangswirtschaft genommen. Aber das brachte den kapitalistischen Staat wieder in Verlegenheiten. Zwangswirtschaft verträgt sich nicht mit freier Profit- und Wucherwirtschaft. Muß der kapitalistische Staat zur Zwangswirtschaft greifen, dann ist sie mit tausend Mängeln behaftet, die eben daraus erwachsen, daß man die Profitwirtschaft mit den Interessen der Allgemeinheit zu verknüpfen versucht, ein Bestreben, das natürlich immer zum Schaden der Allgemeinheit ausschlägt. Die Wohnungsbauabgabe ist der Kriegszettel für heute ist ein drastischer Beleg dafür.

Eine Ausgeburt dieser Verknüpfungsversuche von Profitwirtschaft und Zwangswirtschaft ist insbesondere das Reichsmietengesetz. Um die Hausbesitzer für die Zwangswirtschaft zu entschädigen, wurden sämtliche Lasten auf die Mieter abgewälzt. Nicht nur für Zinsendienst, Verwaltung und laufende Betriebskosten hatten die Mieter, sie haben auch die Wohnhäuser instand zu halten und dauernd zu verbessern, sodas der fundierte Kapitalwert der Grundstücke auf Kosten der Mieter gestiegen wird.

Auf dieser Linie liegt auch die Wohnungsbauabgabe. Das erste Bauabgabegesetz vom Juni 1921 setzte mit einer Abgabe in Höhe von 10 Prozent des Marktwertes ein, wobei die Hälfte auf das Reich, die andere auf die Gemeinden entfiel. Den Gemeinden bleibt aber das Recht vorbehalten, ihrerseits die Gemeindefürsorge einseitig zu erhöhen. Schon drei Viertel Jahr danach wurde die 10%ige Abgabe auf 50 Prozent erhöht. Den Gemeinden blieb wiederum das Recht, die auf sie entfallenden 25 Prozent nach Belieben zu steigern.

Die Geldentwertung hat die Baustoffe selbstständig auch verteuert und das Bauen wird teurer. Da aber privatrechtlich gebaut werden soll, mußte die Regierung keinen anderen Ausweg, als eine neue Vorlage auf Erhöhung der Bauabgabe zu machen, die diesmal gleich von 50 auf 1500 Prozent, das heißt einschließlich Gemeindefürsorge auf 3000 Prozent, machte.

Und nun bewährt sich wieder einmal die famose Steuer- und Wohnungspolitik der Vereinigten Sozialdemokratie. Wie die SPD in der Zeit ihrer Regierungsherrschaft nur kapitalistische Politik trieb, wußte sie auch jetzt kein besonderes Mittel, als der extrem kapitalistischen Politik der Cuno-Regierung nach Kräften Vorhub zu leisten.

Hauptwortführer der Sozialdemokratie im Wohnungsausgang des Reichstags waren die beiden Angestellten des Bauarbeiterverbandes Silberschmidt und Obermer. Sie beantragten die von der Regierung vorgeschlagene Wohnungsbauabgabe zu verdoppeln, also auf 3000 Prozent zu erhöhen, und sie hätten wohl auch diese Beauftragte noch einmal verdoppelt, wenn sie nicht doch befürchteten, daß die ihnen noch nachlaufenden Arbeiter rebellisch werden könnten, wenn ihnen zugemutet wird, für die Reichsvereinerung der Baupostulanten jährlich die 60fache Miete als Extraktuer zu zahlen. Der Angestellte des Baupolierverbandes, Obermer, legte sich energisch für eine Bauabgabe von mindestens 1000 Prozent ins Zeug und nur die warnenden Klippensätze seiner Genossen verschlossen ihm schließlich den Mund.

Die Argumentation der USPD-Vertreter, daß die Wohnungsbauabgabe notwendig sei, um der brennendsten Wohnungsnot zu steuern, ist eine faule Lüge. Die Regierung gestand selbst zu, daß mit den erstellten Mitteln

## Heute fällt die Entscheidung!

Die Betriebsräte sind für den Generalkrieg. Die Gewerkschaftsführer versuchen, den Kampf hinauszuschieben. - Heute nachmittags 5 Uhr fällt die Entscheidung. Eigenes Drahtbericht der „Schles. Arbeiter-Zeitung“.

Schleswig, den 21. März. Die Streiklage ist unverständlich. Der Betriebs- und Vertrauensienstkongreß hat gesagt. Circa 800 Funktionäre waren erschienen. Der USPD hat Scheffers (!) entsendet, die Regierung zwei Vertreter. Die Arbeitsgemeinschaften haben alle Bremser auf die Beine gebracht, und auf die Delegierten losgelassen. Die unionistischen Betriebsräte wurden ausgeschlossen, standen 5 Stunden vor dem Tagungsort, die „Christen“ drohten, das Tagungsort zu verlassen, wenn die unionistischen Betriebsräte zugelassen werden. Die Vertreter der freien Gewerkschaften forderten die Zu-

lassung, kapitulierten aber vor den Christen. Abgetarntes Spiel! Die Betriebsräte und Vertrauensleute forderten sofortige Proklamierung des Generalkriegs. Im Schwerte ihres Angeklühtes gelang es den „berufenen Arbeitervertretern“, die Entscheidung bis morgen nachmittags 5 Uhr zu vertagen. Falls die Unternehmer bis dahin nicht eingelenkt haben, soll

der Generalkrieg proklamiert werden. Es ist Aufgabe und Pflicht der Arbeiter Waldenburgs und Ostoberschlesiens, die im Feuer stehenden Brüder zu unterstützen, und zwar mit allen Mitteln. (Wichtige Ausführungen über die Lage in Oberschlesien siehe S. 2.)

Wenn Du die Zeitung gelesen hast, gib sie weiter!

# Die Internationale Konferenz zu Frankfurt a. M.

Genosse Rembold-England

überbringt die Grüße der KP. Englands und der britischen Sektion der KPD. Ich habe gehofft, mit einer größeren Delegation hierherzukommen, aber für einen Revolutionär ist es nicht leicht, von England auf den Kontinent zu kommen. Die Herren von der Labour Party und der 2 1/2 Internationale legen das, daß sie auch nicht kommen konnten. Aber sie konnten es nicht, weil sie es nicht wollten. Denn die Reformisten scheuen es, in irgend einer Weise mit den Kommunisten zusammenzukommen. Sie ziehen die Einheitsfront mit den Kapitalisten vor. In dieser Woche hat die Labour Party im Parlament dafür gestimmt, daß eine interparlamentarische Konferenz über die Ruhrfrage abgehalten werden sollte, auf der die Parlamentarier Groß-Britanniens, Frankreichs und Belgiens zusammenkommen sollten. Also Vertreter der Kapitalisten und Arbeitervertreter aus den Siegerländern allein. Die Reformistischen Führer versichern freilich ihre Feindschaft gegen jeden Krieg. Sie finden scharfe Worte gegen den Imperialismus Frankreichs. Aber niemals hörte man von ihnen ein Wort gegen den britischen Imperialismus. Ja Macdonald ging so weit, im Parlament an die Bourgeoisie die Forderung zu stellen:

**Der Völkerverbund sollte Frankreich Garantien gegen Deutschland geben. Aber er sprach nicht von Garantien, die die in ihrer Erfindung bedrückte Arbeiterklasse sichern sollten.**

Es wäre umsonst, wenn ich Euch heute irgendwelche Hoffnungen auf die Hilfe der britischen Arbeiterpartei oder der mächtigen britischen Gewerkschaften machen wollte, in der heute noch die Masse der englischen Arbeiter steht. Die Labour Party denkt schon an die Zeit, wo sie in der Regierung sitzen wird, und darum ist ihr die Sympathie der Bourgeoisie lieber als die Sympathie der arbeitenden Massen Europas. Die durch die feige und dumme Führung der Gewerkschaften entmutigten Massen der Arbeiter leben jetzt nur die vorübergehende Besserung der Konjunktur durch den Export der Kohle und denken nicht an eine Aktion. Darum fürchte ich, daß unsere noch schwache Partei die durch 2 1/2 Jahre der Krise verendeten Massen zunächst nicht zu einer wirksamen Hilfsaktion wird bewegen können. Die englischen Arbeiter fürchten jetzt noch nicht die Gefahr des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich. Aber sie begreifen allmählich eine andere Gefahr. Eine Gefahr, die noch größer ist:

**die Gefahr des Krieges zwischen Frankreich und England.**

Wenn England heute nichts gegen den französischen Vormarsch zu unternehmen mag, so deshalb, weil es die große Armee und die zahlreiche Luftflotte Frankreichs fürchtet. Aber ich glaube, es wird vielleicht nicht Jahre und nicht Monate dauern, und wir werden vor der Aufgabe stehen, den Krieg zwischen dem britischen und dem französischen Imperialismus abzuwehren. Darum müssen wir uns vorbereiten, gegen eine Gefahr, die noch viel ernster ist als die der Okkupation des Ruhr- und Rheingebietes, gegen die Gefahr,

**daß Europa, daß die ganze Welt in ein imperialistisches Gemisch gestürzt wird, mit dem verglichen 1914 nichts war.**

Darum ist es unsere Aufgabe, die Arbeiter aller europäischen Länder gegen die Imperialisten zu organisieren, vor allem die Arbeiter in Deutschland bereit zu machen, daß sie ihre Bourgeoisie stürzen und die großen industriellen Mächte des Rhein- und Ruhrgebietes in die Hand der deutschen Revolution geben. Wir müssen zum Widerstand rufen gegen die Internationale des Kap als, die sich bald entzweit kann, wenn das Ruhrgebiet über die Hand der deutschen Revolution kommt der andere große Krieg, wenn nicht zuvor die kapitalistische Herrschaft in Deutschland, in Frankreich, in Italien, und auch in England, wo die revolutionäre Bewegung heute noch schwach ist, gestürzt ist. Das ist nicht eine Sache der Worte und Phrasen, der Demonstrationen und Konferenzen. Dazu gehört die Aufziehung aller Kräfte, um den Krieg zu verhindern, und den Aufstand gegen den Krieg zu verwandeln in die internationale Revolution, die schaffen wird die Vereinigten Staaten von Europa.

Ein Vertreter Indiens

überbringt die Grüße der arbeitenden Millionen Indiens.

Die Zeiten sind vorüber, wo die internationale Solidarität in Begründungen bestand. Die Macht des Imperialismus, der die europäischen Staaten unterjocht, hängt sich auf die Ausbeutung der arbeitenden Massen in den kolonialen Ländern. Und so müssen sich die ausgebeuteten Kolonialvölker mit den Arbeitern Europas verbinden, um den gemeinsamen Feind zu zerschmettern. Das Problem, das wir hier zu lösen haben, ist keine lokale Angelegenheit, sondern ein weltumspannendes Problem. Die eine Partei, die in diesem Konflikt kämpft, kämpft auch in Afrika. Und so können wir den Widerstand gegen diese imperialistischen Mächte nicht durch die in Europa organisierten, sondern wir müssen die ant imperialistischen Kräfte aller Gebiete zusammenfassen. Die Kolonien sind nicht nur die ökonomische, sondern auch die militärische Reserve des Imperialismus. So wie jetzt Frankreich schwarze Soldaten in das Ruhrgebiet schickt, so werden Millionen indischer Bauern gegen den französischen Imperialismus ins Feld geführt werden. Der Imperialismus der ganzen Welt muß geschlagen werden durch die vereinte Aktion der europäischen Arbeitermassen und der Kolonialvölker.

Der Thiele (KPD)

überbringt eine auf einer Betriebszusammenkunft der Betriebsräte der Reichs-Silberhütte Frankfurt-Ost einstimmig angenommene Resolution, welche die Frankfurter Konferenz begrüßt und die Notwendigkeit betont, angesichts des drohenden Krieges der katastrophalen Verschlechterung der Lebenslage des Proletariats der Gefahr der falschen Verhandlungen die internationale Einheitsfront des Klassenkampfes aufzurichten.

Genosse Baris

Die Resolution wird mit stürmischem Beifall empfangen. Die Versammlung erhebt sich und stimmt die Arbeitermarschlaute an. Es erheben sich auf das französische Proletariat und die eingetretenen französischen Genossen.

Genosse Baris führt aus:

Die Klänge der Arbeitermarschlaute, mit der Ihr mich empfangen habt, erinnern mich daran, daß die einst revolutionäre französische Bourgeoisie heute unter dem Deckmantel der Demokratie die Freiheit des Proletariats mit Füßen tritt. Die jüngeren Revolutionen haben dem Proletariat nicht die ökonomische Freiheit gebracht. Wir überbringen nicht nur die

brüderlichen Grüße der KP. Frankreichs und der KPD. Das französische Proletariat hat gezeigt, daß es nicht nur Grüße und Worte hat, sondern es hat auch die Tat und Versprechungen von Essen erfüllt. Die französische Bourgeoisie hat bisher die kluge Politik verfolgt, ihre Feinde nicht einzuschütten, solange sie nicht ihre Herrschaft unmittelbar gefährdeten. Nun wurden unsere Genossen eingeschert, weil die Bourgeoisie verstand.

**daß die kommunistische Partei und die unitarische Gewerkschaft die Macht ist, die berufen ist, die Herrschaft der französischen Imperialisten zu stürzen.**

Das französische Proletariat übt allseits Solidarität mit dem Ruhrproletariat, es verdammt die Okkupation als ein Verbrechen gegen das internationale Proletariat, welches das Bespöhlen von 1914 wieder heraufbeschwört.

**Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs werden nicht noch einmal gegeneinander marschieren. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs werden sich vereint gegen die bürgerliche Front erheben.**

Dem französischen Kapitalismus geht es in diesem Kampfe nicht um die Rettung des Vaterlandes, sondern Louisgeur will 60 Prozent von der Ausbeutung des Ruhrproletariats, Stinnes aber ist zu Verhandlungen darüber bereit, nur will es nicht 60 Prozent gewähren. Wenn die Verständigung zwischen den Kapitalistengruppen abgeschlossen wird, dann wird

**das Ruhrgebiet herabgedrückt zu einer Kolonie, die Ruhrarbeiter zu Kolonialsklaven.**

Die revolutionären Arbeiter Frankreichs haben sich mit aller Kraft gegen die Regierung Poincare erhoben. Aber wie werden die französischen Reformisten hier nicht begrüßen. Sie haben unsere Aufforderung zum gemeinsamen Kampf nicht einmal beantwortet. Und ebenso steht der deutsche Gewerkschaftsbund, der mit seinen 10 Millionen organisierten Arbeitern die Cuno-Regierung mit Leichtigkeit stürzen könnte, auf Seiten der deutschen kapitalistischen Regierung. Die Arbeiter müssen allein der roten Fahne des Kommunismus folgen, dann werden sie die Macht der Kapitalisten in Deutschland und Frankreich zerschmettern.

Genosse Lanfing

aus Holland bringt die Grüße der revolutionären Gewerkschaften Hollands. Holland, ein Land mit 6 1/2 Millionen Einwohnern unterjocht in seinen Kolonien eine Bevölkerung von 35 Millionen. Wenn der große Weltkrieg kommt, dann werden die holländischen Kolonien eines der Streikobjekte sein. Dann sollen die holländischen Arbeiter mißbraucht werden, um die Kolonialinteressen der holländischen Bourgeoisie zu verteidigen. Dazu wird seit dem Frieden von 1918 gerüstet. Jedes Jahr werden 120 Millionen Gulden für den Militarismus ausgegeben. Dazu wurde ein Bewaffnungsfonds von 110 Millionen geschaffen. Für die Kriegsflotte sind in der ersten Anlage nicht weniger als 525 Millionen Gulden angelegt.

So müssen die Arbeiter auch in Holland schon gegen den neuen Weltkrieg rufen. Es war ein holländischer Revolutionär, der schon 1889 auf dem Kongress in Brüssel den Generalstreik gegen den Krieg beantragte. Aber die Sozialdemokraten nannten ihn einen blödsinnigen Narren. Von diesem Deuten haben wir nichts zu erwarten.

**Je länger ihre Resolutionen sind, desto kürzer sind ihre Taten.**

Es hilft uns nichts, am Abend große Resolutionen anzunehmen und am nächsten Tag die Rüstungen für den kapitalistischen Krieg fertig zu stellen. Wir müssen den Dienst in Kasernen, Werkstätten verweigern und arbeiten nur noch im Interesse der proletarischen Weltgemeinschaft. (Stürmischer Beifall.)

Für den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte spricht Genosse

Ortsh:

Wir stellen mit Freude fest, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Arbeiter und der Arbeiter in den Gewerkschaften auf unserer Seite sind, auch wenn sie noch nicht die Kraft hatten, ihre Führer zum Erscheinen hier zu zwingen. Angesichts der Sabotage jedes Arbeiterkampfes durch die reformistischen Führer greifen die Arbeitermassen zur Selbsthilfe und unterstützen die Betriebsrätebewegung.

Genosse Ortsh verliest aus dem "Vorwärts" Sätze, in denen gesagt wird, daß angesichts der jetzigen Situation der Parteivorstand der KPD erst recht jedes Zusammengehen mit den Kommunisten ablehnt (Wutrufe und Zuruf: "Um mit Cuno zusammen zu gehen!"). Die Aufrufe der sozialdemokratischen Betriebsräte des rheinisch-westfälischen Kongresses zeigen, wie die sozialdemokratische Arbeiterchaft gegen das Vorgehen ihrer Führer rebelliert.

Genosse Ortsh spricht in warmen Worten dem russischen Proletariat für seine tätige Hilfe für die Ruhrarbeiter den Dank der deutschen Arbeiterchaft aus. Er schließt mit den Aufforderung zum schärfsten Kampf gegen das deutsche und internationale Kapital.

Genosse Mariani-Polen

begrüßt im Namen der Roten Gewerkschaften und der kommunistischen Partei Polens den Kongress:

Ein deutsch-französischer Krieg bedeutet einen Krieg Polens gegen Deutschland und weiter einen Krieg Polens gegen Sowjetrußland. Polen ist ein Puffball Frankreichs. Seine Politik wird von den französischen Kapitalisten diktiert. Nach der Ruhrbesetzung haben wir einen verschärften Kampf gegen die Kriegsgefahr angenommen. Die Reformisten Polens traten uns dabei mit ihrer ganzen Kraft entgegen. Wir werden den Kampf fortsetzen und kein Opfer scheuen, um die Befreiung dieses Kongresses zur Durchführung zu bringen. (Beifall.)

Ein Vertreter der streikenden Bergarbeiter aus dem Saargebiet berichtet, daß alle Versuche des französischen Grubenkapitals, den schon sieben Wochen lang dauernden Streik abzuwürgen, vergebens sind. Der mühsam geführte Kampf wird nicht früher ein Ende nehmen, als bis menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen errungen sind. Die Saararbeiter erwarten von dem Kongress Richtlinien für ihre Tätigkeit.

Auf Vorschlag des Genossen Swert werden die Verhandlungen vertagt.

Nach einem Gesangsvortrag eines Frankfurter Arbeiter-Gängerbundes wird der Kongress mit Hochrufen auf die Weltrevolution und unter dem Gesang der Internationale nach 11 Uhr abends geschlossen.

jährlich nur etwa 10 000 Wohnungen hergestellt werden können. Die Regierung denkt auch nicht daran, neue Bauten erlassen zu lassen, um möglichst viel Obdachlosen Unterkunft zu gewähren. Sie will die Gelder vorzugsweise verwenden für Um- und Einbauten in schon vorhandene Häuser. Statt übergroße Wohnungen einfach zu beschlagnahmen, sie auf allgemeine Kosten teilen zu lassen und so Wohnräume für die zahllosen Armen zu beschaffen; die in Dachböden, Kellern und Wägen hausen, soll den Hausbesitzern auf Kosten der Allgemeinheit ermöglicht werden, ihre Häuser luxuriöser zu gestalten! Denn die Richtlinien, die die Regierung für die Beihilfsgewährung für Um- und Einbauten aufgestellt hat, sehen vor, daß sich Hausbesitzer, die solche Wohnungsteilungen und Einbauten hergestellt haben, die Mieter aussuchen können aus der Liste der beim Wohnungsamt vorgemerkten Wohnungsuchenden. Der Vermieter wird sich selbstverständlich den Zahlungsfähigsten herausuchen, was schon um deswillen notwendig ist, als die Vermieter berechtigt sein sollen, auf die Grundmiete und die Zuschläge noch 300 Prozent Extrazuschlag zu erheben.

In Berlin hat die Miete nach der von Monat zu Monat gesteigerten Umlage schon das 180 bis 200fache der Friedensmiete erreicht. Ein Wohnungsuchender, der auf eine der eingebauten oder umgebauten Wohnungen reflektiert, muß das dreifache dieser Miete bezahlen. Es werden also nur Schieber und valutastarke Wohnungsucher in der Lage sein, von solchen Wohnungen Gebrauch zu machen.

Alles das stört die USPD nicht, sich mit größtem Eifer für die Regierungsvorschläge einzusetzen. Im Zentrum, bei der Deutschnationalen, bei der Deutschen Volkspartei, bei der Demokratischen Partei, bei allen diesen Parteien gab es Abgeordnete, die große Bedenken trugen, diese unerhörte neue Belastung der Bevölkerung zuzumuten. Nur die USPD stand geschlossen hinter diesem neuen Raubzug und half der Regierung, diesen ungeheuren Mißwucher durchzuführen.

In der zweiten Lesung gelang es, die Vorlage — so weit die Höhe der Abgabe in Betracht kam — zu Fall zu bringen. Durch Ruhhandel wurden dann die fehlenden Stimmen noch vom Zentrum gewonnen. Hätte die Sozialdemokratie nicht mit ihrer großen Stimmenzahl geschlossen an den 3000 Prozent festgehalten, wäre es ein leichtes gewesen, diesen Anschlag auf die Taschen der Besitzlosen abzuwehren.

Für die USPD gibt es eben nur noch kapitalistische Politik. Die Wohnungsnot wirkt gewiß verheerend. Die sozialistische Regierung hätte indessen seit 1919 schon Zeit genug gehabt, Wege für die Behebung der Wohnungsnot zu bahnen. Es wäre nicht schwer gewesen, Ziegeleien, Mörtelfabriken, Baustoffbetriebe usw. zu sozialisieren, billiges Bauholz aus den staatlichen Wäldern zu beschaffen.

Nicht von adem ist gesprochen! Bei solchen Vorgehen wären ja freilich die Profite der Bauindustrie in Gefahr geraten und die müssen gerechelt werden. Um der Bauindustrie und den Hausbesitzern kapitalistische Gewinne zuzuführen, haben die Mieter vom 1. Januar 1923 ab rückwirkend die 30fache Friedensmiete als Bauabgabe zu zahlen und die Gemeinden haben nach wie vor das Recht, diese Abgabe noch zu vergrößern. In Hamburg wurden bisher schon 800 Prozent Bauabgabe erhoben, während die Reichsabgabe nur 25 Prozent betrug!

Und was geschieht mit diesen Mitteln, die man aus den Taschen der Arbeiter und Besitzlosen herausholt? Eine Nachweisung, wie die Gelder bisher verwendet worden sind, ist nicht gegeben worden. Der Behauptung, daß Zuschüsse aus der Wohnungsbaubauabgabe auch für luxuriöse Einfamilienhäuser (Schieber-Villen usw.) verwendet worden sind, wurde nicht widersprochen.

Mit Hilfe der Sozialdemokraten ist durch die Wohnungsbaubauabgabe diese neue Verzehrung der Besitzenden, der Hausbesitzer und der Bauindustriellen herbeigeführt worden, während die Besitzlosen unter dem Wohnungseckend weiterhin zu Grunde gehen. Wie lange werden die Arbeiter, die der USPD noch nachlaufen, sich dieses verdräckerische Spiel noch gefallen lassen?

## Der Arbeitern gehört die Straße!

Unter dieser Überschrift berichtet unser hannoversches Parteiblatt, die „Niederdeutsche Arbeiter-Zeitung“, von der Märzkundgebung am Sonntag in Hannover, die Koste verboten hatte, die aber trotzdem stattfand. Es war ein gewaltiger Aufruhr gegen Poincare, Cuno und Stinnes für die Arbeiterregierung und die proletarische Verständigung über alle Grenzen hinweg. Die von der KPD veranstaltete Kundgebung hat den ganzen Sonntag das Straßenbild im Zentrum Hannovers beherrscht. Ungefähr 20 Personen wurden verhaftet, man mußte sie aber bald wieder laufen lassen. Wir lassen uns das Recht auf die Straße nicht nehmen! Trotz Koste und der anderen arbeitserneuernden Särgel.

## Deutschland ist ein Revolutionsland

Die Märzfeier war unter maßgebender Führung der KPD eine mächtigste Demonstration der Einigkeit des Reichsdeutschen Proletariats. Sie bedeutete eine Vertrauenskundgebung für die kommunistische Partei und einen Aufruf zur Revolution. Der Demonstrationszug endete mit einer begeisterten Ansprache des Herrschers Schatz-Berlin an einem Podium, das als Erinnerung an die gescheiterte Revolutionäre und als ein Zeichen zum Kampf für die Freiheit enthielt wurde. Die Reichsdeutsche Arbeiterchaft hat wieder einmal gezeigt, daß sie einzig und allein die Führung der KPD voranzieht.

## Die Arbeitende KPD

In Judent (Oberhessen), wurde eine kommunistische Ortsgruppe gegründet. 6 sozialdemokratische und 10 frühere unabhängige Genossen sind sofort zu uns über. Die Kommunisten werden in Betrieben einiger SPD-Genossen nach Judent geholt. Es geht vorwärts!

# Arbeiter, helft den Streitenden in Oberschlesien!

# Zur Lage in Oberschlesien.

Die Unternehmer provozieren weiter. — Die Gewerkschaftsführer verhandeln. — Monsi fährt zu Cuno. — Die Sympathien mit den Streikenden wachsen.

In Oberschlesien stehen die Belegschaften des Bergwerkes, der Concordia, Abwehr, Schwabwunnsch und Castellengrube nach wie vor geschlossen im Streik. Die Arbeiterchaft Oberschlesiens steht hinter den Streikenden und Gemäßigten. Die Gewerkschafts- und Parteibürokraten versuchten, zu bremsen, haben aber eingesehen, daß sie sich diesmal das Genick dabei brechen würden.

Und den „berufenen Arbeitervertretern“ geht der Hintern mit Grundeis: unter dem Druck der Massen erklärten sich die Vertreter der freien, der christlichen und Hirsch-Dunterschen Gewerkschaften, des polnischen Zentralverbandes und der polnischen Berufsvereinigungen mit den Streikenden solidarisch. Sie fordern in einer Entschliebung die Regierung auf, sofort neue Verhandlungen mit den Arbeiter- und Unternehmervertretern einzuleiten. Reichstagsabgeordneter Monsi-Hindenburg ist nach Berlin gefahren, um dem Reichstagsler, Generaldirektor Cuno, „den Ernst der Lage“ vor Augen zu führen.

Die Unternehmer haben bis zur Stunde ihren Machtsstandpunkt noch nicht aufgegeben. Den „Bergbehörden“, die wieder einmal vermitteln, d. h. die Proleten übers Ohr hauen wollten, ist es bisher nicht gelungen, die Unternehmer an den Verhandlungstisch zu bringen.

Diese Tatsachen beweisen den Proleten klipp und klar, daß die Unternehmer sich schühend vor die faschistischen Organisationen gestellt haben. Die Empörung der Arbeiterchaft Oberschlesiens über das reaktionäre, provokatorische Verhalten der Unternehmer und faschistischen Organisationen wächst von Stunde zu Stunde. Sogar die „Volkswacht“ muß feststellen: „Die Sympathien der oberschlesischen Bevölkerung stehen diesmal auffallend stark gegen die Unternehmer.“

Ungeachtet dessen ist, wie die „Volkswacht“ mitteilt, das Hindenburg „Volksblatt“ (WSPD-Organ) der Ansicht, daß die Unternehmer eine Machtsprobe wünschen, weil sie hoffen, daß die kommunistische Agitation (!)

unter Ausnutzung der rechtsradikalen Provokationen (!!) die Gewerkschaften bereits genügend zerlegt habe, um sie kampfunfähig zu machen.“ Die Kommunisten nützen also die „rechtsradikalen Provokationen“ und zerlegen dadurch die Gewerkschaften!! Die abgedroschene Behauptung, daß die Kommunisten die Gewerkschaften geschwächt hätten, und daß deshalb der Kampf nicht aufgenommen werden könnte, ist nicht nur dumm, frech und verlogen, sondern auch gemein.

Wie die „Volkswacht“ außerdem zu melden weiß, arbeitet „man“ in Berlin auf eine Verständigung hin und „die beiden Parteien werden dringend gemahnt, auf eine Verständigung hinzuwirken“. Verständigung? Auf welcher Grundlage? Die Proleten können sich nur damit einverstanden, und also zur Verständigung bereit erklären, wenn die Gemäßigten wieder eingestellt, die Faschisten entwaflnet und mit diesen Waffen die proletarischen Hurderschaften bewaffnet werden. Sie können sich damit einverstanden erklären, daß die Gewerkschaftsführer weniger verhandeln und mehr handeln.

Die Gewerkschaftsführer haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt! Gerade deswegen müssen ihnen die Proleten um so aufmerksamer auf die Finger sehen. Denn bisher haben sich diese „berufenen Arbeitervertreter“ immer nur deswegen an die Spitze der Bewegung gestellt, um sie abzuzürgen. Wir erinnern an die Revolution 1918, an den Kapp-Putsch, an die Bewegung anlässlich der Ermordung Rathenaus, an die „Punkte“ zur Erfassung der Sachwerte usw. usw.

Sollte es diesmal in Oberschlesien anders sein? Wir glauben es nicht. Werden uns aber ungeachtet dessen freuen, wenn wir uns geirrt hätten.

Es ist Sache der Proleten, und vor allem der Kommunisten, diese Vertreter beim Wort zu nehmen, und sie zur entscheidenden Tat zu zwingen.

Werdet hart, Proleten Oberschlesiens!

Freiheit wieder mit ihrem Freund Ruge treffen, dem es ja auch trotz aller Verhaftungen und Stacheldraht stets gelungen ist, der Republik ein Schnippchen zu schlagen. Das wurde ihm, nachdem er eben erst wieder in der Münchener Hochverratsaffäre samt Ludendorff und Rahr aufs schwerste kompromittiert wurde, umso leichter, als er ein bewährter Antirepublikaner und Arbeitermörder ist, der seinerzeit die oberschlesische Nordzentrale in Breslau leitete und noch heute mit den gefährlichsten Feinden der Republik seine konspirative Tätigkeit unter dem Auswärtigen Amt eines Privatdozenten oder Professors ausübt. Das Gesetz zum Schutze der Republik braucht solch ein monarchistischer Hochverräter, dessen Hände mit Arbeiterblut besudelt sind, freilich nicht zu fürchten. Das Trio Ruge, Ruge, Ehrhardt-Ruge hofft noch auf gute Tage.

## Aus Gewerkschaften und Betrieben.

### Herr Oberschlesischer Schneider und die Entlassung der städtischen Straßenbahner in Breslau.

Man schreie uns:

„Die bisherigen von der städtischen Straßenbahn entlassenen Angestellten sind deswegen entlassen worden, weil sie sich etwas zu schulden kommen ließen.“ So sagte Herr Oberschlesischer Schneider in einem Straßenbahnwagen, der vollgepackt war von Arbeitern, die zur Arbeit führen, als ihn dieselben auf die standalösen Zustände aufmerksam machten, daß man die Straßenbahner entläßt, während man auf der andern Seite die Arbeiter in vollgepackten Wagen, ohne für Sittlichkeit zu sorgen, beibehält. Herr Schneider muß es ja wissen! Vielleicht zählt er die 240 Straßenbahner, denen man in letzter Zeit ebenfalls die Kündigung in die Hand drückte, sie aber auf Beschluß des Schlichtungsausschusses nicht entlassen durfte, ebenfalls zu denen, die sich etwas der Verwaltung oder den „Vorgesetzten“ gegenüber zu schulden kommen ließen. Vielleicht rechnet er auch die alten Schaffner — wie Kollegen J., der 25 Jahre im Dienst war und f. Bt. ebenfalls die Kündigung erhielt — zu den „Schuldigen“.

### Zustände bei der Firma G. Ziesch & Co., Altwasser.

Wiederholung: In dem von mir eingeleiteten Artikel der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ von Mittwoch sei folgendes bemerkt: Die Behauptung, die der Kollege Wendler aufstellte, daß der Kollege Reimann beim Betriebsführer gewesen ist, um dem jugendlichen Kollegen weniger schreiben zu lassen, beruht nicht auf Wahrheit, da dieser Kollege seine Behauptung zurückzieht.

Der Berichterstatter.

### Ablehnung der Ruhrhilfe in den Stahlhüttenwerken in Gleiwitz.

Am 19. 3. fand in unserem Betriebe, Stahlhüttenwerke, Gleiwitz-Stadtwerk, eine Betriebsversammlung statt. Als erster Punkt gelangte natürlich die Ruhrhilfe zur Aussprache. Der Betriebsrat, ein Arbeitsgemeinschaftler, empfiehlt uns dieselbe wieder zu bewilligen, indem er darauf hinweist, daß die Arbeitsgemeinschaft es bereits abgemacht hatte, daß die Ruhrspende bewilligt werden muß und von der Direktion an die Schichtmeister der Befehl erteilt wurde, daß die Ruhrspende abgezogen werden muß. Sie wurde einstimmig abgelehnt; und voller Entrüstung protestierten die Arbeiter dagegen, daß die Direktion oder die Arbeitsgemeinschaft über ihren Verdienst verfügen wolle. Trotzdem warte es ein bekannter Orgeschmann und Kompagnieführer des Selbstschutzes, die Arbeiter für die Ruhrspende zu gewinnen, indem er hervorhob, daß die Kapitalisten viermal soviel geben als wir (Ma also) und daß wir unsere Brüder (Orgeschleute, Direktoren und Bürgermeister) nicht verlassen sollen, denn sonst kommen auch wir noch zu Polen. So eine Art Vaterlandsliebe wollten sich die Arbeiter nicht anhöhen und die Ruhrspende wurde glatt abgelehnt. Darauf erklärte der Betriebsrat, er kann deswegen nichts machen, denn die Ruhrspende wird uns sowieso abgezogen. Große Entrüstung. Der Betriebsrat besteht aus Hirschen und Christen. Also, das erstmal wurde die Ruhrspende bewilligt, daß zweitemal, will man sie uns mit Gewalt abziehen und das drittemal werden sie uns vielleicht eine ganze Schicht abziehen. Zudem der Betriebsrat noch auf die Lage in Oberschlesien hinwies und erklärte, daß er die Nachsicht von den Gewerkschaften zum Solidaritätsbreit erwarte, aber nichts Positives dazu sagte, schloß er die Versammlung.

## Rosbach — Ehrhardt — Ruge.

Rosbach, der Banditenführer, ist zwar vor einigen Tagen verhaftet worden, als er in einer deutschpöhlischen Versammlung in Wannsee (Berlin) zum bewaffneten Widerstand gegen die Ruhrbesetzung und somit auch zum Kampf gegen die Republik aufforderte. Es ist aber keineswegs sicher, ob er beim Erscheinen dieser Zeilen sich noch in polizeilichem oder gerichtlichem Gewahrsam befindet. Es sind bereits alle Hebel in Bewegung gesetzt, um ihn, der immer wieder nach seiner Verhaftung entlassen worden war, auch diesmal wieder auf freien Fuß zu setzen. Es liegen dabei noch von früher Stacheldraht und Haftbefehle vor wegen seiner Tätigkeit in Oberschlesien, wegen seiner Fahnenjucht, wegen seiner Freiwilligenwerbung in der logenamtigen „Defektei Deutsch-Kunst“, hinter der zahlreiche antirepublikanische Verschwörer verborgen sind. Am wenigsten bekannt geworden und am wenigsten bedrängt hat ihn wohl ein gleichfalls gegen ihn eingeleitetes Verfahren wegen Mordes. Zusammen mit zwei anderen Freikorps-Offizieren ist Rosbach angeklagt worden, während des Kapp-Putsches in Mecklenburg zwei Arbeiter erschossen zu haben. Es sind sicherlich nicht die einzigen

Opfer, die er zur Strecke gebracht hat, aber da es sich nur um Arbeiter handelte, hat man nach langer Verzögerung erst jetzt diese Zeitanlage herausgebracht. So spät wie man die Anlage herausgebracht hat, so schnell und so früh wird man den Bandenführer Rosbach auch jetzt wieder aus der Untersuchungshaft herauslassen. Während man nach links eine neuerliche Amnestie verweigert, wird man es nach rechts hin auch ohne formelle Amnestie schon zu schaffen wissen. Ist doch auch bereits Ehrhardt, dessen Prozeß vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig Ende April stattfinden soll, bereits im Lazarett angelangt, weil seine Gesundheit durch die Untersuchungshaft gelitten haben soll. Arbeiter läßt man bekanntlich in jahrelanger Haft verrotten, ohne ihnen die geringste Erleichterung zu verschaffen, wie Tausende von Opfern und eben erst der Tod des Genossen Hagemeister in Niederschönenfeld beweisen. Aus dem Lazarett wird sich dann die Frucht des Meindeishelden, der sich nach Jagow'schem Muster bereits hinter den Befehl seines Vorgesetzten, Generals von Lüttich, als Kappistenführer vertrieht, dann noch leichter bewerkstelligen lassen. Eine angeblich gehobene Hand deutet ja schon auf vielleicht versuchte Gewaltmaßnahmen hin. Ehrhardt und Rosbach können sich dann in der

## Ein sozialer Roman von Jac London.

Ein sozialer Roman von Jac London.

„So!“ erwiderte er, „Klassenkampf ist weder im Wortlaut noch im Geist in irgend einer meiner Schriften enthalten.“ „Oh!“ rief ich vorwurfsvoll und nahm sein Buch, um es zu öffnen.

Er schürzte seinen See und sah lächelnd nach mir hin, während ich die Seiten überflog.

„Seit hundertzwanzig Jahren“ las ich laut. „Daher zeigt sich der Klassenkampf in dem gegenwärtigen Stadium der sozialen Entwicklung zwischen der lohnzahlenden und der lohnempfangenden Klasse.“

Ich sah ihn triumphierend an.

„Keine Spur von Klassenkampf“, lachte er zurück.

„Aber“, antwortete ich, „Sie sagen doch Klassenkampf.“

„Erwas ganz anderes als Klassenkampf“, erwiderte er.

„Und glauben Sie mir, wir führen keinen Kampf.“

„Wir sind nicht beverantwortlich dafür.“

„Wir schaffen den Klassenkampf nicht.“

„Wir erläutern ihn nur, wie Newton die Schwerkraft erläuterte.“

„Wir erklären lediglich das Wesen des Interessentkonfliktes, durch den der Klassenkampf hervorgerufen wird.“

„Aber es sollte kein Interessentkonflikt vorhanden sein.“

„Darin stimme ich herzlich mit Ihnen überein“, gab er zur Antwort. „Das ist es ja, was wir Sozialisten verlangen, zustande zu bringen — die Aufhebung des Interessentkonfliktes.“

„Entschuldigen Sie, lassen Sie mich ein Blatt lesen.“

„Sehen Sie hier die Periode der Klassenkämpfe, die mit der Zerlegung der ursprünglichen Gütergemeinschaft und mit der Entstehung des Privateigentums begann, wird mit dem Aufhören des Privateigentums im Sinne des sozialen Daseins endigen.“

„Aber ich stimme nicht mit Ihnen überein“, warf Bischof Morehouse ein, indem sein „Mei des, Klassens Kampf durch Schwaches Erden die Span, ung jener Geblie, verzie.“

„Ihre Boraussetzung ist falsch.“

„Es gibt keinen Interessentkonflikt zwischen Arbeit und Kapital — oder, die Arbeit, es sollte keinen geben.“

„Dante“, sagte Ernst gewichtig, „Durch diese Behauptung haben Sie mir meine Boraussetzung zurückgeben.“

„Aber, warum soll ein Konflikt vorhanden sein?“ fragte der Bischof eifrig.

„Ernst verzog die Schultern.“

„Ich nehme an, weil wir so beklaffen sind.“

„Aber das sind wir nicht“, rief der andere.

„Sprechen Sie von dem idealen Menschen?“ fragte Ernst, der uneigennützig und gottähnlich ist und züftmännlich so selten, daß er praktisch eigentlich gar nicht existiert, oder sprechen Sie von dem gewöhnlichen Durchschnittsmenschen?“

„Von letzterem“, war die Antwort.

„Der Schwach und fehlbar ist und zu Irrtümern geneigt?“

„Bischof Morehouse nickte.“

„Und kleinlich und eigennützig?“

„Morehouse nickte wieder.“

„Geben Sie acht“, mahnte Ernst. „Ich sagte: eigennützig.“

„Der Durchschnittsmensch ist eigennützig“, versicherte mutig der Bischof.

„Begehrt alles, was er bekommen kann.“

„Begehrt alles, was er bekommen kann — recht, aber beklagenswert.“

„Dann habe ich Sie.“

„Ernst Riefer schlugen wie eine Falle zu.“

„Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel geben.“

„Man arbeitet an der Straßenbahn.“

„Er hätte diese Arbeit nicht, wenn das Kapital nicht da wäre.“

„Unterbrach der Bischof.“

„Gäber, aber Sie werden zugeben, daß das Kapital zugrunde gehen müßte, wenn es keine Arbeiter gäbe, die die Dividenden verdienen.“

„Der Bischof schwie.“

„Geben Sie das nicht zu?“ bestand Ernst.

„Der Bischof nickte.“

„Dann haben unsere Behauptungen einander auf“, sagte Ernst, „und wir sind, wo wir waren.“

„Fangen wir daher wieder an.“

„Sie Arbeiter an der Straßenbahn lassen die Arbeit.“

„Die Aktionäre liefern das Kapital.“

„Durch vereinte Kraftbewegung von Arbeit und Kapital wird verdient.“

„Sie teilen das verdient Geld unter sich.“

„Den Anteil des Kapitals nennt man Dividende, den der Arbeit Lohn.“

„Ganz richtig“, bemerkte der Bischof. „Und es ist kein Grund vorhanden, daß die Teilung nicht auf friedlichem Wege erfolgen sollte.“

„Sie haben vergessen, worin wir vordrin übereinstimmen“, entgegnete Ernst. „Wir waren uns darüber einig, daß der Durchschnittsmensch eigennützig ist.“

„Er ist der Mensch, der wirklich ist.“

„Er sind in die Luft gestiegen und stellen einen Unterdruck auf zwischen der Luft der Menschen, wie sie sein sollten, aber nicht sind.“

„Kommen wir wieder zur Erde.“

„Der Arbeiter“, weil eigennützig, will alles, was er bei der Teilung bekommen kann.“

„Der Kapitalist“, weil eigennützig, will ebenfalls alles, was er bei der Teilung erhalten kann.“

„Wenn nun vom Gleichen nur so und so viel da ist, und man zwei alles wollen, was sie von dem Gleichen erhalten können, dann gibt es einen Interessentkonflikt.“

„So lange es Arbeiter und Kapitalisten gibt, werden sie sich über die Teilung

des Gewinnes streiten.“

„Wenn Sie heute nachmittag in San Franzisko wären, müßten Sie zu Fuß gehen.“

„Dort fährt nicht eine Straßenbahn.“

„Wieder ein Streit?“ fragte der Bischof erschrocken.

„Ja.“

„Die streiten über die Verteilung des Gewinnes der Straßenbahn.“

„Bischof Morehouse wurde gereizt.“

„Es ist unrecht“, rief er. „Es ist so kurzichtig von Seiten der Arbeiter. Wie können sie erwarten, daß wir ihnen unsere Sympathie zuwenden?“

„Wenn wir gezwungen werden, zu Fuß zu gehen“, sagte Ernst listig.

„Aber Bischof Morehouse nahm keine Notiz davon und fuhr fort: „Ihr Ausbild ist zu niedrig. Menschen sollten Menschen und nicht unermüdete Tiere sein.“

„Es wird dort jetzt Gewalttätigkeit und Blut geben, und betrübte Witwen und Waisen. Arbeit und Kapital sollten Freunde sein. Sie sollten Hand in Hand zu gegenseitigem Nutzen arbeiten.“

„Ah, jetzt sind Sie wieder oben in der Luft“, bemerkte Ernst trocken. „Kommen Sie auf die Erde zurück. Erinnern Sie sich, daß wir beide zugaben, der Durchschnittsmensch ist eigennützig.“

„Aber er sollte es nicht sein“, rief der Bischof.

„Auch hierin stimme ich Ihnen bei“, war Ernst's Entgegnung. „Er sollte nicht eigennützig sein, aber er wird nicht aufhören, eigennützig zu sein, so lange er in einem sozialen System lebt, das auf der Stiel des Schweines basiert.“

„Der Bischof war entsetzt, mein Vater lachte.“

„Ja, Schweineestheil“, fuhr Ernst unbarmherzig fort. „Das ist der Sinn des kapitalistischen Systems. Und dafür trägt Ihre Kirche ein, für das predigen Sie. So oft Sie die Kanzel besteigen, Schweineestheil! Es gibt keinen anderen Namen dafür.“

„Bischof Morehouse wandte sich stehend zu meinem Vater, aber der lagte und schüttelte den Kopf.“

„Ich fürchte, Herr Eberhard hat recht“, sagte er. „Paiss-faire, die Unterlassungspolitik eines jeden für sich und am Ende holt's der Teufel.“

„Wie Herr Eberhard auch, ich selbst sagte, daß ihr Kirchenmänner die Aufgabe, die bestehende Gesellschaftsordnung aufrecht zu erhalten, und die Gesellschaft ist auf solchem Grund errichtet.“

„Aber das ist nicht nach der Lehre Christi!“ rief der Bischof.

„Die Kirche lehrt heuteutage nicht Christus“, warf Ernst schnell ein. „Deshalb will der Arbeiter nichts mit der Kirche zu tun haben. Die Kirche sanktioniert die furchtbare Brutalität und Grausamkeit, womit die kapitalistische Klasse die arbeitende Klasse behandelt.“

